

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1948

23 (24.2.1948)

Der Länderrat konstituiert

Frankfurt a. M., 23. Febr. (AP) Der bizonale Länderrat, der die Funktionen des abgelösten Exekutivrates im erweiterten Wirtschaftsrat übernimmt, trat am Montag zu seiner ersten Sitzung zusammen. Das 16 Mitglieder umfassende Gremium, dem die Ministerpräsidenten der acht Länder der anglo-amerikanischen Zonen angehören, wählte den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Hans Ehard einstimmig zum Vorsitzenden.

In einer kurzen Eröffnungsansprache betonte der schweizer-holländische Ministerpräsident Lüdeman, daß die neue Länderrat keine Basis für die Bildung eines westdeutschen Staates ist. Er forderte alle anderen deutschen Länder auf, sich der Wirtschaftsverwaltung anzuschließen und appellierte gleichzeitig an die Besatzungsmächte, nichts unversucht zu lassen, um eine Einheit Deutschlands herbeizuführen.

Im Herbst 5-6 Zentner Kartoffeln

Stuttgart, 23. Febr. (Eig. Ber. Hue) Der Direktor der Militärregierung für Wirtschaft, Dr. Carl Lohmann, erklärte am Montag, daß die Kartoffelernte für wahrscheinlich das im kommenden Herbst die Bevölkerung fünf bis sechs Zentner Kartoffeln bei einer einigermaßen durchschnittlichen Ernte erhalten könne. Der neue Plan sieht vor, daß 75 bis 80 000 Hektar angebaut werden. Die bizonalen Stellen haben angedeutet, daß auch Kunststoffe in verhältnismäßig großen Mengen zur Verfügung stehen werden. Als besonderer Anreiz ist vorgesehen, dem Bauern, wenn irgendmöglich, eine Kartoffelproduktion zuzugestehen.

Im ersten Vierteljahr 1948 würden im Rahmen des neuen Exportprogramms Importe von 100 Mill. Dollar für die Bizonen genehmigt, wovon schon 60 Mill. Dollars eingeführt sind.

Dr. Baumgartner macht Außenpolitik

Separatistische Bestrebungen der Bayernpartei

München, 23. Febr. (Dena) Die gleiche Selbständigkeit für Bayern wie die Österreich besitzt, Absperrung der bayerischen Grenzen, Ausweisung von ungefähr 400 000 „Preußen“, Ausschöpfung für Frankreich sowie die Aufhebung der bayerischen Presse von preussischen Lizenzträgern, forderte das Präsidiummitglied der Bayernpartei, Ex-Landeswirtschaftsminister Dr. Josef Baumgartner, in seiner ersten Münchener Massenversammlung am 22. Febr. in der bayerischen Zirkus-Krone. Baumgartner kündigte an, daß die Bayernpartei nach den Gemeindevahlen für die Auflösung des Landtages einträte.

Schon zu Beginn seiner Rede erklärte er, die bayerische Presse werde zu einem großen Teil von „Preußen“ in der Hand geschrieben. Bedenkte sich aber gleichzeitig für die Unterstützung und objektive Berichterstattung seitens der Dena und Radio München während seiner Tätigkeit als Landeswirtschaftsminister. Man sei heute in Deutschland in zwei Lager da die Versprechungen, die man aus Schwarzbüchern während des Krieges machte, nicht eingehalten wurden. Baumgartner forderte dann eine „Entnazifizierung“ der bayerischen Diplomaten in Deutschland, die ihren „Arm in Nürnberg nicht hoch genug haben konnten.“ Mehr als diese Leute könne der kleine Arbeiter auch nicht vom Nationalsozialismus gewußt haben.

Zu den Beziehungen Bayerns zu Frankreich erklärte Dr. Baumgartner, Bayern habe für die „großpreussische Idee“ genug Blut geopfert. Es sei nicht verwunderlich, wenn die französische Jugend heute Angst vor einem zentralistischen Deutschland habe, denn Frankreich sei in den letzten 70 Jahren dreimal von Deutschland überfallen worden. „Wir werden nie wieder einen deutschen Nationalstaat schaffen, weil uns auch die Ausöhnung mit Frankreich eine Herzenssache ist.“

Im Telegrammstil

Washington. Die Rohöl-Ausfuhr ohne Lizenz nach allen Staaten mit Ausnahme Kanadas ist vom amerikanischen Handelsministerium am 20. d. Mts. verboten worden. (AP)

London. Großbritannien veröffentlichte am 23. Febr. eine Note, in der Ägypten vorgeschlagen wird, sofort mit der britischen Regierung Verhandlungen über Vertragsreformen im Sudan zu beginnen. - General Lucius D. Clay, der amerikanische Militärregierungsleiter in Deutschland, traf am 22. d. Mts. von Berlin kommend an der Londoner Flughafen Notholt ein. Clay nimmt am Montag hier beginnenden Dreimächtegesprächen über Westdeutschland teil. - Die Sonderbeauftragten der vier Außenminister für die zukünftige Schicksal der ehemaligen italienischen Kolonien sind am 22. d. Mts. in London zusammengetreten. (Dena-Reuter)

Paris. Ein Sprecher des französischen Außenministeriums gab am 20. Febr. das von den drei Westmächten in Berlin unterzeichnete Abkommen über die Eingliederung der Saar in die französische Wirtschaft bekannt. (AP)

Oslo. Die Konferenz der Außenminister Dänemarks, Islands, Norwegens und Schwedens wurde H. APF am Montagmittag hier eröffnet. Die Tagesordnung der Sitzung ist geheim und über den Verlauf der Verhandlungen wurde bisher nichts bekannt. (Dena)

Kopenhagen. Zwischen Dänemark und Großbritannien wurde ein Handelsabkommen abgeschlossen, wie das dänische Außenministerium am 22. Febr. hier bekanntgab. (Dena-Reuter)

Bukarest. Das rumänische Kabinett ordnete eine Meldung der rumänischen Nachrichtenagentur, daß die Anerkennung der Abgrenzung der Staatsangehörigkeit und die Beschlagnahme des Vermögens einer großen Zahl von Personen an. An der Spitze der Liste steht der Name des Exchöfing Carol von Rumänien. (Dena-Reuter)

Athen. General James A. van Fleet, der neue Leiter der amerikanischen Militärmission in Griechenland, wurde im Auftrag General Livesays traf am 22. d. Mts. in Athen ein. (Dena-Reuter)

Kairo. Die arabischen Staaten werden keine O-konventionen mehr an das Ausland vergeben, erklärte der Generalsekretär der arabischen Liga, Azzam Fawzi. - Der Erbschaftsbesitzer des Yemah, Sheikh Zuhair, wurde am 17. Febr. bei einer Unfallschlag durch Sana, der yemenitischen Hauptstadt, von einem anderen Auto aus zusammen mit seinem Ministerpräsidenten, Kadi, Adnan, Chauffeur und zweien seiner Söhne erschossen. (AP)

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN Karlsruhe, Dienstag, 24. Febr. 1948

Kommunistischer Druck auf die Tschechoslowakei

„Ein Versuch Moskaus zur Vervollständigung der kommunistischen Beherrschung Osteuropas“

Prag, 23. Febr. (AP) Nach der Rücktrittserklärung der insgesamt zwölf Minister aus dem tschechoslowakischen Kabinett hat sich die Regierungskrise weiter zuspitzt. Bis Freitagabend hatte Präsident Benes die Rücktritt der Minister noch nicht offiziell angenommen. Es besteht also die Möglichkeit, daß die Minister bis zu den Neuwahlen, die entweder am 11. oder am 18. April stattfinden könnten, auf ihren Posten bleiben. Bereits am Freitagabend hatte Ministerpräsident Klement Gottwald bei einer Unterredung mit Präsident Benes darum gebeten, ihn mit der Bildung einer neuen Regierung ohne Beteiligung der drei am 20. Febr. ausgeschiedenen Parteien zu betrauen.

Westdeutschlands Industrie wird eine entscheidende Rolle eingeräumt

Ziel der Londoner Konferenz: Vereinigung ganz Westdeutschlands

London, 23. Febr. (AP) Die USA werden auf dem Montag in London beginnenden Dreimächte-Konferenz darauf bestehen, daß dem westdeutschen Industrieplan eine entscheidende Rolle für den Wiederaufbau Europas eingeräumt wird. In diplomatischen Kreisen, die dies am 22. d. Mts. erklärten, teilten ferner mit, daß Frankreich und Großbritannien bereit seien, Amerika in dieser Hinsicht zu unterstützen, falls für eine ausreichende Sicherung gegen das Wiederkehren des deutschen Militarismus Sorge ist. Die Frage der Sicherheit wird allem Anschein von erster Bedeutung sein.

Das Problem des gegenseitigen Beistandes gegen jede Art Aggression ist von Frankreich und den Beneluxstaaten als ein Zusammenhang mit dem britischen Vorschlag eines Fünfmächte-Bündnisses aufgeworfen worden. Um diesem Wunsch nachzukommen, hat England sich besonders dafür eingesetzt, die Benelux-Staaten auf der Montag beginnenden Konferenz über die Zukunft Deutschlands zu Worte kommen zu lassen. Sie werden allerdings nur zu Fragen von allgemeiner politischer Bedeutung, nicht aber zu denen der Verwaltung Westdeutschlands Stellung nehmen können. Besonders umstritten wird die Frage des Wiederaufbaus der deutschen Industrie sein, soweit diese nicht von Friedenskriegsmaßnahmen abgetrennt ist, ferner die Frage der Internationalisierung der Ruhr, für die Frankreich sich einsetzt, während England eine Verstaatlichung anstrebt und Amerika einem System des freien Unternehmens den Vorzug gibt. Nicht zuletzt wird die Frage der Regierungsform - Zentralregierung oder Bundesstaat - zur Debatte stehen.

Das Ziel der Londoner Konferenz liegt darin, die größtmögliche Zusammenarbeit zwischen den Westmächten über den Anteil der Benelux-Staaten an den Beratungen wird voraussichtlich auf der ersten Sitzung von den drei Westmächten getroffen werden. Offensichtlich schließt sich Frankreich ihrem Standpunkt an, daß die Sicherheit nicht als ein anderes, Außenminister Bidault hat die Gewährleistung der Sicherheit als Bedingung für den Zonen-Anschluß genannt. „Tri-Zonen“ ist, zum mindesten in wirtschaftlicher Hinsicht, zu einer Frage höchster Bedeutung für den europäischen Wiederaufbau geworden.

Keine Einigung über Österreich

Konferenz der Außenministerstellvertreter vertag

London, 23. Febr. (AP) Auf der Londoner Konferenz der Außenministerstellvertreter bemühten sich am Samstag die Vertreter der USA, Englands und Frankreichs, sich auf einen vorläufigen Vertrag über die Vereinigung ganz Österreich zu einigen, für den die Erfüllung es sich zu einem Friedensvertrag bereit erklären würde. Amerikanische Beobachter bezeichneten die Sitzung als „nicht durchweg erfolgreich“, dem befürchteten, daß die Westmächte in ihrem Anfangsstadium, in dem die Westmächte die Bedeutung und Auswirkungen der sowjetischen Ansprüche auf Österreichs Wirtschaft untersuchen.

Der stellvertretende amerikanische Außenminister Robert Lovett übersandte am 21. Februar dem sowjetischen Botschafter in den USA, Alexander Panajuschkin, eine Note, in der der sowjetische Protest gegen die bevorstehenden Dreimächtegesprächen in London über die Organisation der westdeutschen Wirtschaft zurückgewiesen wurde. Die Note macht die Politik Sowjetrußlands dafür

Wirtschaftsämter und Warenhortung

Karlsruhe, 23. Febr. Die Industrie- und Handelskammer Karlsruhe richtete an das Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden folgenden bemerkenswerten Brief, der u. a. folgende Feststellungen enthält:

„Die Sachlage ist, daß die Wirtschaft vielfach nicht über die Bestände verfügt, die die Richtlinien setzen. Die Höchstzulassung Lagerbestand fest: bei Fertigwaren in der Industrie in Höhe des durchschnittlichen Umsatzes von einem Monat und im Handel in Höhe des durchschnittlichen Umsatzes von zwei Monaten, bei Rohstoffen in Industriebetrieben in Höhe des durchschnittlichen Verbrauchs von drei Monaten. Wir gestatten uns, jetzt schon darauf aufmerksam zu machen, daß eine diese Sätze übersteigende Vorratshaltung durchaus schon aus dem Grunde möglich ist, weil die Wirtschaftsämter vielfach nicht über die Bestände durch genügende Ausgabe von Bezugsscheinen verfügt haben.“

So ist uns beispielsweise bekannt, daß bei Händlern Tausende von Glühlampen liegen, die nicht abgesetzt werden können, weil keine Käufer mit Bezugsscheinen vorhanden sind. Ein ähnliches ist uns ein Fall mitgeteilt worden, in dem die vom Wirtschaftsamt gemeldeten Lagerbestände ein Mehrfaches des nach den obigen Richtlinien zulässigen Bestandes betragen, nämlich:

- bei Herren- und Damenlederschuhen das Doppelte,
- bei Kinder-Lederschuhen das 5,5fache,
- bei Kleinkinder-Lederschuhen das 5,6fache,
- bei Herren- und Damen-Hauschuhen das 20fache,
- bei Kinder-Hauschuhen das 35fache.

Ähnliche Beobachtungen wurden bei Arbeitsschuhen und bei Ofen gemacht, also alles Gegenstände des täglichen Bedarfs, auf die die Bevölkerung dringend wartet. Die Verantwortung für diese Warenhortung kann keineswegs auf den Handel abgewälzt werden.

Gesunde Preiskorrektur

Welche Ursachen, welche Folgen, welche Bedeutung hat die scharfe Preiskorrektur an den amerikanischen Produkten- u. Effektenbörsen? Eine lebhaft interessierende der Beantwortung wertige Frage. Zuvor Hauptnahrungsmittel blühten im Preise 12 Prozent ein, der Weizenpreis fiel um 19 Prozent, die Maisnotierung um 21 Prozent, auch Baumwolle erlitt eine starke Preisreduktion. Die Aktienkurse sanken um durchschnittlich 5-6 Prozent, die industriellen Verkaufspreise blieben hingegen ziemlich stabil.

Deutet der Preisfall an den US-Produkten- und Effektenbörsen auf eine wirtschaftliche Weltabsatzkrise? Der Gedanke erscheint angesichts des Weltunglücks nach Lebensmitteln und Rohstoffen absurd. Der UN-Wirtschaftsbericht konstatierte eine Weltwirtschaftszugabe 1947/48, die 7 Prozent unter Vorkriegsstand liegt, eine Bevölkerungszunahme der Welt trotz Krieg um 10 Prozent. Dennoch ist Absatzschwäche erwiesen, die Hauptursachen des erwähnten Preisfalls. Denn die Wirtschaftslage der Verbrauchsländer ist verschlechtert, die Produktion, aus der Lebensmittel- und Rohstoffimporte finanziert werden müssen, liegt fast überall unter Vorkriegshöhe. Im Maximum hat sie 90 Prozent erreicht, in Deutschland sogar erst rund 40 Prozent. Hinzu kommt, daß - um das Beispiel Weizen zu nehmen - die Ernten der Haupterzeugungs-länder die Schätzungen überschritten, was die Getreideproduktion an den US-Börsen zu Glattstellungen von Haus-Engagements zwang. In gleicher Richtung wirkte, daß Rußland in erheblich größerer Maße als erwartet, als Getreideexporteur aufgetreten ist. Schließlich ist sich heraus, daß auch die Vorräte die Schätzungen überstiegen. Beim Mais liegen die Verhältnisse ähnlich, besonders infolge erhöhter Angebote der Südafrikanischen Union, während bei Baumwolle über Erwartung große ägyptische Offerten vorliegen.

Also: zurückgegangener Kaufkraft der Abnehmerländer, infolgedessen Verbrauchseinschränkungen und andererseits höhere Ernterträge und Vorräte als angenommen, haben den Preisfall bewirkt. Er wurde gefördert dadurch, daß die USA-Regierung seit längerem ihre preisstützenden wirkenden Getreidekäufe eingestellt hatte, im Zuge des Kampfes gegen die nach der Aufhebung der aus der Kriegszeit stammenden Preiskontrolle erwachsenen Preisinflation. Was sich an den Getreidebörsen der Ver. Staaten vollzog, ist also eine gesunde Preiskorrektur, die zu begrüßen ist. Sie bedeutet keine Gefährdung der amerikanischen Wirtschaft; der Weizenpreis liegt mit 2 1/2 Dollar je Scheffel noch erheblich höher als im Sommer vergangenen Jahres. Mehr oder weniger trifft das auch für die sonstigen Produktnotierungen zu.

Es ist klar, daß eine Fortsetzung der Preisinflation die Praxis des Marshall-Planes gefährden müßte, weil sie die Kaufkraft des Dollars schwächte. Die Preiskorrektur bewirkt das Gegenteil, sie hebt den Dollarkurs wieder zu dem Kaufwert, der den Ursprungsberechnungen des Marshall-Planes zugrunde lag. Diese Kaufkraftsteigerung hebt gleichzeitig die Kaufkraft der Löhne und Gehälter, wirkt also produktionsfördernd. Die von Präsident Truman vom Kongreß geforderten Vollmachten für die Rohstoffbewirtschaftung und die Preiskontrolle sind geeignet, einer Reaktion auf den jetzigen Preisfall und einer neuen Preisinflation vorzubeugen. Das ist um so mehr erforderlich, als nach der Bewilligung der Kredite für den Marshall-Plan die Käufe an den US-Produktbörsen einsetzen und kaum noch Anzeichen der Preis werden bewerkstelligt werden können. W.S.

George Washington

Am 22. Februar 1732 wurde George Washington in Virginia geboren. Die Vereinigten Staaten feiern seinen Geburtstag als den des ersten Soldaten und des ersten Präsidenten ihres Landes, das er durch eine zähe und geschickte Kriegführung gegen die Engländer befreite. Zwei Eigenschaften aber haben ihn aus den Reihen der Staatsmänner und Führer der Geschichte herausgehoben: reich an Ansehen und Selbstbeachtung. „Es ist meine Pflicht, darauf zu achten, daß die Gesetze befolgt werden“; darin sah er seine Aufgabe als Präsident. Und zweimal legte er, obwohl im Besitz der militärischen Macht, ohne sie für sich auszunutzen, sein Amt als oberster Befehlshaber nieder und zog sich auf sein Gut Mount Vernon zurück. Er gab der Verfassung, die Stellung und Bewunderer an ihn herantrugen, nicht nach. Ein großes Vorbild, wert der Betrachtung und Befolgung! H.B.

Sowjetischer Vorschlag über ein Treffen Stalin-Truman

Paris, 23. Febr. (Dena-Reuter) Die rechtsgerichtete französische Zeitung „L'Intransigent“ brachte am Montag die Meldung ihres Londoner Korrespondenten über einen sowjetischen Vorschlag zu einer Zusammenkunft zwischen Stalin und Truman in Stockholm.

Wie aus dem Bericht hervorgeht, sollen Verhandlungen zwischen General Malin und dem sowjetischen Vertreter, dem General Rätegeber General Gays, Robert Murphy, stattgefunden haben. Als die Unterredungen kein Ergebnis zeigten, soll Malin plötzlich gesagt haben, „warum nicht eine Zusammenkunft zwischen Stalin und Truman, die den Weg leitet“? Der „Intransigent“ fügt seinem Bericht hinzu, daß er ihn veröffentlichte, ohne ein Dementi zu befürchten.

Pius XII. zum Tode Dr. C. Gröbers

Freiburg i. Br., 23. Febr. (CND) Papst Pius XII. hat am Don. dem deutschen polenkapitel durch seinen Vertreter folgendes Beileidtelegramm senden lassen: „Der Hl. Vater, tief betroffen vom Ableben des so geliebten Erzbischofs, spricht dem Klerus und den verwaisten Erzdiozesanen sein herzlichstes Beileid aus zu dem schweren Verlust; er versichert sein Gebetsgedenken für den Verstorbenen und erteilt allen Gläubigen seinen Apostolischen Segen.“

Kultusminister zur Schulreform

Stuttgart, 23. Febr. (Eig. Ber.-Hue) Die Erziehung, Kultur- und Schulminister der deutschen Länder, die sich vom 18. bis 20. Februar in Stuttgart getroffen hatten, haben zur Frage der Schulreform einstimmig einen Entschluß gefaßt, in dem die organische Einheit des gesamten Schulwesens festgestellt wird, und der Ausbau der Schulen in geistiger, demokratischer, sozialer Gerechtigkeit, des Friedens und der Völkerverständigung gefordert wird. Bei aller Verschiedenheit des Bildungswesens sollen die Unterrichtsziele in den deutschen Ländern einander angeglichen werden. Die Leistungshöhe aller Schulen soll gesteigert werden. Als Ziel der Erziehung wird die Heranbildung des selbstständig urteilenden Verantwortungsbewußt handelnden und guten Menschen festgesetzt. Die Erziehungsminister stellen als Hemmnis für den Aufbau eines demokratischen Schulwesens fest: unzureichende Bekleidung und Ernährung, Mangel an Lehrbüchern und Lehrmitteln, an Schulraum und an Brennstoff. In keiner Schulgattung soll die Schülerzahl einer Klasse mehr als 40 Schüler betragen. Erziehungsbeihilfen für alle Schulanfänger werden gefordert. Es wird festgesetzt, daß eine wesentliche Voraussetzung für diese Ziele eine vermehrte Papierzuteilung erforderlich ist.

George Washington



George Washington

Sowjetischer Vorschlag über ein Treffen Stalin-Truman

Paris, 23. Febr. (Dena-Reuter) Die rechtsgerichtete französische Zeitung „L'Intransigent“ brachte am Montag die Meldung ihres Londoner Korrespondenten über einen sowjetischen Vorschlag zu einer Zusammenkunft zwischen Stalin und Truman in Stockholm.

Pius XII. zum Tode Dr. C. Gröbers

Freiburg i. Br., 23. Febr. (CND) Papst Pius XII. hat am Don. dem deutschen polenkapitel durch seinen Vertreter folgendes Beileidtelegramm senden lassen: „Der Hl. Vater, tief betroffen vom Ableben des so geliebten Erzbischofs, spricht dem Klerus und den verwaisten Erzdiozesanen sein herzlichstes Beileid aus zu dem schweren Verlust; er versichert sein Gebetsgedenken für den Verstorbenen und erteilt allen Gläubigen seinen Apostolischen Segen.“

